

# SPD: „Bonn hat keine No-Go-Areas!“



PI hatte vergangenen

Herbst mit seiner Artikel-Serie über die vom Steinke-Sprachinstitut veröffentlichte Karte der „No-Go-Areas“ für medialen Wirbel und Ärger in der bunten und toleranten Stadtverwaltung gesorgt. Seither versuchen die Stadtoberen und die Polizei zu verzweifeln, das negative Image der „NRW-Einbruchsstadt Nummer 1“. Renate Hendricks (SPD) sagt empört: „Dass es Stadtteile gibt, die man besser nicht betreten sollte, ist eine Mär!“

*(Von Verena B., Bonn)*

Auch der Verein „StattReisen“ griff jetzt die Problematik auf, nachdem die unangenehmen Fakten, die man lieber unter den Teppich kehren möchte, nun einmal in die Öffentlichkeit gelangt sind. Der Verein ging daher in die Offensive und startete am Freitag, 27. Juni, mit einer öffentlichen

Diskussionsrunde sein 3-tägiges Jubiläumsprogramm auf dem Platz vor dem bombigen Bonner Hauptbahnhof, genannt „Bonner Loch“, ehemals und teilweise auch heute noch Treffpunkt für Obdachlose und Drogensüchtige. Zu dieser Freiluft-Veranstaltung wurden Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Bürgerschaft eingeladen.

Dabei ging es in der ersten Runde um Fragen und aktuelle Probleme des Bonn-Tourismus. Zum einen stand der stark wachsende arabische Medizintourismus im Fokus, der in Bad Godesberg zu großem Unmut der Bürger geführt hat. Außerdem ging es um die Frage der allgemeinen Sicherheit, die für den Tourismus-Standort Bonn größte Bedeutung hat. Auch in der zweiten Runde ging es um brisante Fragen: Sind Touristen in Bonn eigentlich sicher, wenn Aufmärsche von Salafisten und „Rockergruppen“ (Multikulti-Gang Black Jackets, überwiegend aus Südländern bestehend) zum Alltag werden? Was bedeutet es, wenn ausländische Studierende verschiedene Ortsteile von Bonn als No-Go-Areas erleben?

Die „rote Barbara“ (Hendricks) von der SPD distanzierte sich auf dem Podium deutlich von den Fakten, die das Steinke-Institut präsentiert hatte: „Wir haben in Bonn keine No-Go-Areas!“ Sicherheit sei in der Stadt überall gegeben. Dass es Stadtteile gebe, die man besser nicht betreten sollte, sei eine Mär. Außerdem habe sich die Lage in Bonn eher verbessert, seit auf Druck der Politik hin zusätzlich junge Polizeibeamte nach Bonn geholt worden seien. Dieser Einschätzung schloss sich Marcel Schmitt vom BürgerBundBonn (BBB) an. Die zahlreichen Einbrüche in Bonn seien aber ein Problem. Kunst!Rasen-Veranstalter Martin Nötzel ergänzte, dass bei teilweise auch gewalttätigen Übergriffen neben mehr Polizeipräsenz auch Zivilcourage gefordert sei: „Eingreifen, wenn es zu Übergriffen kommt, aufstehen und sagen: Ich bin dagegen!“

Unter den rund 30 Zuschauern waren auch Vertreter von PRO NRW, die sich kritisch äußerten. Dabei gerieten sie mit zahlreich

erschienenen jungen „Vertretern linker Gruppierungen“ (linksextreme Antifa) aneinander, die wie immer gebetsmühlenartig „rassistische Töne“ in der Debatte kritisierten. Bekanntlich stellen sich diese „Menschenrechtler“ stets auf die Seite krimineller Ausländer und Asylbetrüger und unterstützen insbesondere auch gerne rassistische Korangläubige. Den Vorwurf von PRO NRW, die Podiumsteilnehmer würden die Augen vor den Problemen verschließen, wies Hendricks entschieden zurück. „Dass wir Probleme haben, heißt nicht, dass wir No-Go-Areas haben.“

Hendricks Partei-Kollegin Barbara Naß, Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hardtberg, hat andere Erfahrungen gemacht: Sie wurde im Jahr 2011 in ihrem kulturbereicherten Stadtteil auf einem Parkplatz überfallen, als sie mit ihrem Mann zum Auto ging. Dabei wurde sie von hinten am Genick gepackt und zu Boden gestoßen. „Mir wurde die Handtasche entrissen. Der Schock sitzt erst mal tief“, sagte sie am 21. November im General-Anzeiger. Sie hatte blaue Flecke und konnte als Folge des Sturzes nicht mehr richtig gehen. Und schlagartig kam ihr folgende Erkenntnis: „Ich bin stinksauer. Vor allem, weil immer gesagt wird, der Hardtberg sei nicht auffällig. Das stimmt nicht!“

Frau Naß soll gefälligst den Mund halten und nicht rumjammern. Es gibt keine nennenswerte Kriminalität auf dem Hardtberg und auch in anderen Stadtteilen nur ganz wenig, basta! Und mit den paar ärgerlichen Einzelfällen werden wir locker fertig, auch wenn auf Drängen der jetzt sogar im Promi-Stadtteil Plittersdorf aufsässig werdenden Bürger dort keine Polizei-Anlaufstelle eingerichtet wird, obwohl die Büromiete nur 200 Euro monatlich betragen würde.

Die sind einfach nicht drin für den Schutz der Bevölkerung, weil das Geld für andere Zwecke gebraucht wird, zum Beispiel für komfortable Flüchtlings-Hotelunterkünfte. Das Image der ehemaligen Bundeshauptstadt als internationaler Schmelztiegel für Kriminalität und Islamisierung muss unbedingt noch

verbessert werden – koste es, was es wolle!